

XXIV. GP.-NR

2954 /J

01. Sep. 2009

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz  
und weiterer Abgeordneter

an die Frau Bundesministerin für Justiz  
betreffend **Einhaltung von Datenschutzrichtlinien bei der Ausstellung von  
Schriftstücken durch Behörden des BMJ**

Es ist gängige Praxis, dass Behörden auf Kuverts, insbesondere RSa- und RSb-Briefen, den Inhalt des Briefes samt Geschäftszahl wiedergeben. Der Postzusteller ist dadurch in der Lage, auf den Inhalt des Briefes zu schließen. Aus dem angefügten Beispiel ist klar ersichtlich, dass das Zustellorgan vom Kuvert „Disziplinarerkenntnis“ ablesen und auf die Hinterlegungsanzeige schreiben konnte. Das Zustellorgan erfährt daher, dass der Adressat zumindest ein Disziplinarverfahren hatte.

**Verständigung über die Hinterlegung eines Schriftstückes**

Empfänger \_\_\_\_\_

Absender \_\_\_\_\_

Geschäftszahl 72 -

Sehr geehrte Frau!  
Sehr geehrter Herr!

Heute konnte Ihnen ein \_\_\_\_\_

☒ zu eigenen Händen zuzustellendes behördliches Schriftstück (RSa-Brief)☐ zuzustellendes behördliches Schriftstück (RSb-Brief)

nicht zugestellt werden. Das Schriftstück wird daher hinterlegt. Die Hinterlegung gilt grundsätzlich als Zustellung.  
Holen Sie das Schriftstück in Ihrem Interesse ehestens ab. Sie könnten sonst wichtige Fristen versäumen!

Das Schriftstück ist abzuholen

Öffnungszeiten:

☐ heute ab \_\_\_\_\_ Uhr

Mo.: 08:00-18:00

Fr.: 08:00-18:00

☒ ab morgen (nächstem Werktag) 8:00 Uhr

Di.: 08:00-18:00

Sa.: 09:00-12:00

Mi.: 08:00-18:00

So.: geschlossen

Do.: 08:00-18:00

bei der **Postfiliale 1210 Wien**, Bahnsteggasse 17-23

Bitte bringen Sie diese Verständigung und einen amtlichen Lichtbildausweis mit.

Zustellen, Datum \_\_\_\_\_

**Hinweis!**

Das Schriftstück liegt bis zum \_\_\_\_\_ bei der Postfiliale 1210 Wien  
und wird danach wieder der absendenden Behörde zurückgeleitet.

Formular 1 zu §17 Abs. 2 des Zustellgesetzes

7 601 025 100 ZU/B-43896/05 04.2015

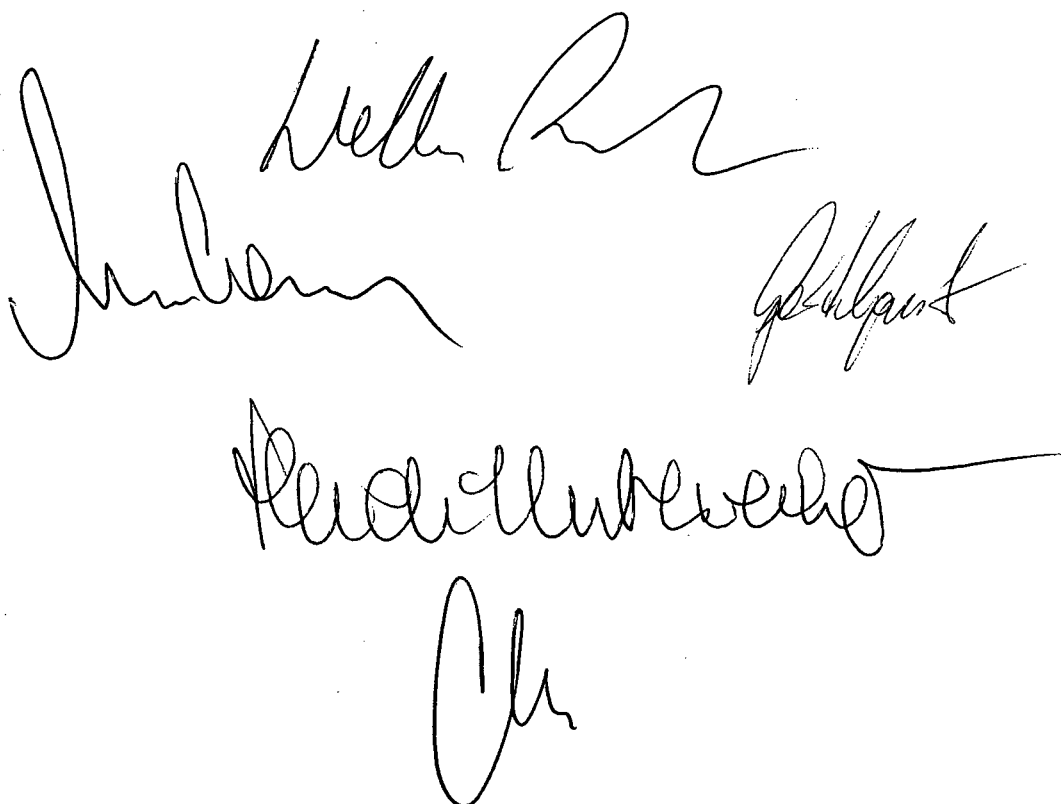
Bitte wenden!

Aber auch andere Fälle sind bekannt, wo z. B. „Urteil“, „Exekution“, „Klage“ u. v. m.  
am Kuvert ersichtlich gewesen ist.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Frau  
Bundesministerin für Justiz folgende

## Anfrage

1. Gibt es in Ihrem Ministerium bzw. für die Behörden im Vollzugsbereich Ihres Ministeriums Vorschriften für die Adressierung von offiziellen Schriftstücken im Einklang mit den Bestimmungen des Datenschutzgesetzes?
2. Falls nein, warum nicht?
3. Falls nein, welche Schritte werden Sie setzen, dass derartige Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten wie oben abgebildet in Ihrem Ministerium bzw. bei den Behörden im Vollzugsbereich Ihres Ministeriums hintangehalten werden?



1/9/09